Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 3

Artikel: Fortschritte für die Volksmehrheit : ein Gespräch mit alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi

Autor: Vogel, Paul Ignaz / Tschudi, Hans-Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339520

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Paul Ignaz Vogel

Fortschritte für die Volksmehrheit

Ein Gespräch mit alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi

Wenn ein verdienter Magistrat sich Gedanken macht, wie die Politik heute aussieht, so wird er sich kaum über seine Vergangenheit hinwegsetzen. Aber auch die Arbeit seines Nachfolgers muss in den Perspektiven gesehen werden, die während der Hochkonjunktur schon angelegt wurden. Sie zeigen in Richtung eines sozialen Wohlfahrtsstaates Schweiz; zur Zeit der Rezession und der wirtschaftlichen Stagnation ist es für das Zusammenleben im Kleinstaat Schweiz von Wichtigkeit, dass das soziale Klima zur Hoffnung Anlass gibt. Jeder Einzelne, jeder Betroffene ist nicht unglücklich, dass er auf eine rechte Zukunft bauen kann, auch in Zeiten der Wechselfälle des Lebens, mag er noch so sehr mit diesem Staat und dieser Gesellschaft hadern.

In einem Gespräch äusserst sich alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi zu den politischen Perspektiven von heute.

Genosse Tschudi, können Sie uns sagen, was nach Ihrer Auffassung fortschrittlich ist?

Fortschrittlich sind alle Massnahmen, die das Lebensniveau und auch das allgemeine kulturelle Niveau der breitesten Bevölkerungsschichten fördern.

Man spricht viel von den sozialen Bremsern. Wo sind die?

Die sozialen Bremser sind die weit rechtsstehenden Kreise. Extreme Parteien wie die Republikaner und die Nationale Aktion sind zu nennen. Bei den bürgerlichen Parteien zähle ich die rechten Flügel von einigen dazu, den rechten Flügel im Freisinn und den rechten Flügel in der SVP. Die CVP möchte ich davon ausnehmen. Dazu gehört vor allem aber auch der rechte Flügel im Gewerbeverband.

Wie sehen Sie die soziale Entwicklung in den kommenden 10 bis 20 Jahren?

In der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg bis zu Beginn der Rezession wurden bedeutende soziale Fortschritte gemacht. Es wurde versucht, die soziale Sicherheit nicht vollständig, aber doch weitgehend zu verwirklichen. Einige Lücken und Mängel sind geblieben (Krankenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Obligatorium der 2. Säule der Alters- und Invalidenvorsorge). Von den Betroffenen werden die Leistungen vermisst. Diese Mängel müssen nun beseitigt werden. Dies wird bei weitem nicht mehr die gleichen Kosten verursachen wie bereits realisierte Werke. In der Rezession stösst die Sozialpolitik auf Schwierigkeiten und Widerstände. Doch wir bringen noch einiges zustande. Ich erinnere an das Obligatorium für die Arbeitslosenversicherung, die vom Schweizer Volk im Jahre 1976 gutgeheissen wurde. Wenn sich unsere Partei energisch einsetzt, wird es in den nächsten 10 bis 20 Jahren gelingen, das Werk der sozialen Sicherheit vernünftig abzuschliessen und zu vollenden.

Was sagen Sie zur Kritik der sogenannten «Drei Weisen» (Wirtschaftswissenschaftler) an der Finanzierung des schweizerischen Sozialversicherungssystems?

Die «Drei Weisen» kritisieren den Finanzierungsmodus unserer Sozialversicherungen. Sie lehnen Arbeitgeberbeiträge und Staatsbeiträge ab. Diese Kritik ist völlig einseitig; sie berücksichtigt soziale Notlagen und Bedürfnisse nicht. Auf der ganzen Welt findet man keine Sozialversicherung ohne Arbeitgeberprämie. Ein schwerer Mangel unserer Krankenversicherung ist es, dass sie keine Arbeitgeberprämien kennt, und darum entwickelt sie sich auch so unbefriedigend.

Punkto Staatsbeiträge an die Sozialversicherung ist die Schweiz im internationalen Vergleich auf der untersten Stufe. Im ursprünglichen Verfassungsartikel über die AHV, der aus dem Jahre 1925 stammt, wurden die Staatsbeiträge auf höchstens 50 Prozent festgelegt. Heute sind wir daran, die Leistungen des Staates wieder auf 15 Prozent zu erhöhen. Hier liegt gewiss keine Übertreibung vor.

Die «Drei Weisen» wehren sich gegen die sogenannten «Gesamtkonzeptionen (Gesamtverkehrskonzeptionen, Gesamtenergiekonzeption usw.)», die einer umfassenden Schau und einem gemeinsamen Planungswillen entsprechen und bezeichnen diese als Förderung des wirtschaftlichen Abwartens.

So schlecht geht es unserer Wirtschaft sicher nicht, und so schwach kann sie sicher nicht sein, dass sie die Beiträge an die Sozialversicherung nicht bezahlen kann. Andererseits befürworte ich alle Massnahmen, welche die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft heben, denn wo es nichts gibt, kann man auch nichts verteilen.

Was wird die 10. AHV-Revision beinhalten?

Ihr Inhalt ist weitgehend vorprogrammiert. Es geht um die Berücksichtigung von Frauenpostulaten, um die Verbesserung von Bestimmungen für verheiratete und geschiedene Frauen. Unsere Partei muss sich dafür einsetzen.

Doch der Mensch lebt nicht vom Brot allein.
Welches ist die Kultur der arbeitenden Bevölkerung?

Eine schweizerische Kulturpolitik muss das kulturelle Niveau der breitesten Schichten heben, das ist die Aufgabe. Sie muss auch die kreativen Kräfte fördern, wir dürfen keine elitäre Kulturpolitik treiben, sondern eine solche, die der ganzen Bevölkerung zukommt.

Wie kann die Kultur in den Gemeinden, in den Kantonen und im Bund gefördert werden?

Das wurde durch den Clottu-Bericht untersucht, zu dem ich noch als Bundesrat den Auftrag erteilte. Es ist möglich, in der eidgenössischen Kulturpolitik günstige Resultate zu erzielen. Mit dem Filmgesetz hat man Erfolg gehabt und den Schweizerfilm gefördert, so dass er internationale Beachtung gefunden hat.

Lässt sich Kultur planen?

Geld ist für die Kulturförderung nicht alles, Geld bringt noch nicht Kreativität und schöpferische Leistung. Manche schöpferische Leistung kann sich jedoch ohne Geld nicht entfalten. Indem man die Forschung fördert, hat man noch nicht einen sicheren Nobelpreis. Doch wenn man nichts an finanziellen Mitteln einsetzt, gibt es auch nichts. Es ist zu betonen, dass die Schweiz eine relativ grosse Zahl von schöpferischen Kräften aufweist. Wichtig ist, dass die ganze Atmosphäre und die Gesinnung in der Öffentlichkeit positiv sind für eventuelle Leistungen. Das ist eine Frage der Aufklärung und der Orientierung. Die Grundlage dazu wird bei der Jugend gelegt.

Welche kulturelle Leistungen von Schweizern der Moderne sagen Ihnen am meisten zu?

Stark beeindruckt bin ich von Giacometti, den ich noch persönlich kannte, aber auch von Max Bill, von Max Frisch, von Frank Martin, von Ansermet, von der Genfer Filmschule. Als Politiker sagen mir auch die historischen Arbeiten von Jean Rodolphe Salis, Herbert Lüthi und Edgar Bonjour zu.

Wie steht es mit dem Austausch zwischen den kulturellen und sprachlichen Regionen der Schweiz? Droht wieder ein Graben Welschland-Deutschschweiz zu entstehen?

Das ist eine Aufgabe, deren ich mich in meiner Amtszeit immer sehr

angenommen habe. Hier liegt eine primäre Verpflichtung von PRO HELVETIA, die nicht nur unser Land im Ausland bekannt machen muss. Wir haben auf diesem Gebiet grosse Mühe und müssen noch bedeutende Anstrengungen unternehmen. Der gegenseitige kulturelle Austausch zwischen den Sprachregionen ist staats-, kultur- und gesellschaftspolitisch eine der wichtigsten Aufgaben. Ein grosses Problem ist der Deutschschweizer Dialekt. Die Welschen lernen ja in der Schule die hochdeutsche Sprache.

Wie können die Erkenntnisse des Clottu-Berichtes in die Wirklichkeit umgesetzt werden?

Möglichst viel an kultureller Tätigkeit muss in den Gemeinden geschehen. Jede Gemeinde sollte aus dem Clottu-Bericht 1 bis 2 Schlussfolgerungen ziehen. Ein Finanzausgleich zugunsten zurückgebliebener Regionen ist auch für die Kulturförderung wichtig.

Die kulturellen Organisationen, die Schriftstellerverbände und Tonkünstlervereine sollten konkrete Vorschläge propagieren und nicht nur ihre prinzipielle Zustimmung geben.

Eine letzte Frage: Was sagen Sie zum Zustand unserer Partei?

Das Wesentliche scheint mir zu sein, dass sich die Partei auf konkrete Aufgaben und Sachprobleme konzentriert, die dringend für grosse Volksschichten und die auch lösbar sind. Vor allem im Bereich der Sozialpolitik, der Kulturpolitik und der Bildungspolitik werden von uns Leistungen erwartet. Durch diesen positiven Einsatz für Aufgaben zum Wohle unserer Bevölkerung wird die Geschlossenheit der Partei gestärkt.

Besten Dank für das Interview!

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die Schweizerische Nationalbank veröffentlichten den Bericht der drei Wirtschaftswissenschaftsprofessoren Gottfried Bombach (Basel), Henner Kleinwefers (Freiburg i. Ü.) und Luc Weber (Genf) über «Lage und Probleme der Schweizerischen Wirtschaft 1978/79.» Wir lesen darin:

«An mehreren Stellen des Berichtes wird auf die verschiedenen Gesamtkonzeptionen verwiesen, die möglicherweise erst dann zu vermehrter Investitionsnachfrage führen, wenn sich die Angebot/Nachfrage-Situation auf dem Kapitalmarkt fundamental verändert hat.»

Und:

«Eine unter volkswirtschaftlichen wie auch unter allgemein politischen Gesichtspunkten wesentliche Kritik muss sich gegen das intransparente Finanzierungssystem der AHV richten. Es wäre möglich und erwünscht, die sogenannten Arbeitgeberbeiträge und die Staatszuschüsse abzuschaffen und die AHV ausschliesslich aus den Beiträgen der Versicherten zu finanzieren.» *P. I. V.*